

nicht zu stoppen



taz panterstiftung

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

noch hat die Coronapandemie den Globus fest im Griff. Doch allen Abschottungsversuchen zum Trotz wächst die Welt dieser Tage auch zusammen. Angesichts dieser neuen globalen Herausforderung ist es gerade jetzt besonders wichtig, den eigenen Horizont zu erweitern.

Deshalb bemüht sich die taz, möglichst aus erster Hand aus vielen Ländern zu berichten. Dabei können wir nicht nur auf unsere AuslandskorrespondentInnen zurückgreifen. Vielmehr ist über die Jahre auch ein weit verzweigtes Netz junger JournalistInnen entstanden, die an internationalen Workshops der taz Panter Stiftung teilgenommen haben. Den Anfang machten 2011 sieben Weißrussen. In den folgenden Jahren kamen KollegInnen aus weiteren Staaten der ehemaligen Sowjetunion, Asien, Lateinamerika und Afrika hinzu. Mehr als 500 MedienmacherInnen haben bislang an 37 internationalen Workshops mitgewirkt. Das Ziel war und ist: die Pressefreiheit weltweit zu stärken. Möglich war dieses Engagement nur dank der Unterstützung von etwa 4.000 privaten SpenderrInnen, der Förderung des Auswärtigen Amtes sowie einiger Stiftungen.

Einige Alumnis haben wir nun um einen Beitrag für die folgenden Sonderseiten gebeten. Und sie waren – hoffentlich anders als das Virus – nicht zu stoppen. Das Gleiche gilt auch für die taz Panter Stiftung. Wir sind entschlossen, unsere Arbeit fortzusetzen, sobald es die Situation wieder zulässt. Dafür braucht es Kraft und Zuversicht. Und nicht zuletzt auch Sie!

Barbara Oertel, Leiterin der Auslandsredaktion
Konny Gellenbeck, Vorstand der taz Panter Stiftung
Petra Bornhöft, Kuratorium der taz Panter Stiftung



HONDURAS
Tegucigalpa

Corona trifft auf Korruption

In Honduras wird die Coronakrise von einer skandalträchtigen Regierung gemanagt. Menschenrechtsverletzungen nehmen zu, Kontrollmechanismen sind außer Kraft

Aus Tegucigalpa
Fernando Silva Cruz

Kaum ein Land in Lateinamerika ist so schlecht auf eine Pandemie vorbereitet wie Honduras. Das geht aus dem von der Johns Hopkins University erstellten globalen Gesundheitssicherheits-Index (Global Health Security-Index) hervor. Laut dieser Skala hat nur Venezuela noch schlechtere Bedingungen, um mit einer solchen Pandemie fertig zu werden.

Jetzt ist Covid-19 im Land angekommen. Es sind 397 registrierte Fälle, und das Gesundheitssystem steht kurz vor dem Kollaps, was an den fehlenden Mitteln liegt – und an einem öffentlichen Gesundheitswesen, das die schlimmsten Konsequenzen staatlicher Korruption zu erleiden hatte.

Die Angst vor der Krankheit hält sich die Waage mit dem Misstrauen gegen Präsident Juan Orlando Hernández, der 2017 auf verfassungswidrige Art wiedergewählt wurde und eine lange Reihe von Korruptionsskandalen zu verantworten hat.

Im Angesicht der Notlage hat die honduranische Regierung ein Paket von insgesamt 638 Millionen US-Dollar beschlossen, um Schutzmaterialien zu kaufen, die Krankenhäuser auf den Umgang mit Covid-19-Patienten vorzubereiten und nach der Pandemie die Wirtschaft zu reaktivieren.

Angesichts der Bewilligung einer so hohen Summe hat der Nationale Antikorruptionsrat (CNA) eine Erklärung verabschiedet. Er befürcht-

et, diese Situation könnte „die perfekten Bedingungen“ für Akte der Korruption schaffen.

Ein erstes Beispiel ließ nicht lange auf sich warten: Am 16. März verkündeten die Behörden, man habe 140 Beatmungsgeräte gekauft, um Covid-19-Patienten in kritischem Zustand versorgen zu können. Experten des Colegio Médico de Honduras machten schnell darauf aufmerksam, dass die gekauften Geräte für diese Art von Patienten gar nicht geeignet sind.

Und im Transparenzportal des Finanzministeriums, das eingerichtet wurde, um Informationen über staatliche Beschaffungsmaßnahmen während der Notlage öffentlich nachvollziehbar zu ma-

chen, heißt es, die Beatmungsgeräte seien aus dem Haushalt der Katastrophenschutzbehörde Copeco beschafft worden – da tauchen aber nur 130 Geräte auf. Über die fehlenden 10 und die Gründe für die Diskrepanz gibt es keinerlei Informationen.

Mit diesen Widersprüchen konfrontiert gab Präsident Hernández schließlich zu, dass die Information über die mangelnde Eignung der Geräte stimme, dass aber nirgends auf der Welt mehr die richtigen Beatmungsgeräte zu bekommen seien, sodass das Land sie nicht kaufen konnte. Zu den fehlenden 10 Geräten gab es von den Behörden auf Anfrage einiger Medien überhaupt keine Antwort.

Die Unstimmigkeiten bei diesem Einkauf sind nur ein Beispiel für die fehlende Transparenz, mit der die Behörden seit der Ausrufung des Nationalen Notstands wegen Covid-19 am 16. März agieren. Der Notstand erlaubt es ihnen, Materialien einzukaufen und Dienstleistungen in Auftrag zu geben, ohne dass Eignung und Qualifikation der beauftragten Unternehmen überprüft wird.

Es gibt unzählige Fragwürdigkeiten bei der Verwaltung des Staatshaushalts. Die Behörden agieren unter der Aufsicht von Institutionen, die sie selbst beauftragt haben. Die Kirchen zum Beispiel spielen in der Regierung eine immer wichtigere Rolle, obwohl die Verfassung dem Einfluss religiöser Vereinigungen eigentlich klare Grenzen setzt. Und eine zentrale Rolle kommt dem Nationalen Konvergenz-Forum (Fo-

nac) zu, offiziell eine Organisation der Zivilgesellschaft zur Umsetzung nationaler Vorhaben.

Das Fonac ist derzeit damit beauftragt, die Verteilung von Lebensmittelrationen an die ärmste Bevölkerung zu kontrollieren und zu überprüfen, ob die wichtigsten Krankenhäuser des Landes über alle notwendigen Ressourcen verfügen, um mit der Situation umzugehen.

Ob die Organisation dazu aber in der Lage ist, bezweifelt etwa Joaquín Mejía, ein angesehener Anwalt und Recherchier der jesuitischen Bürgerrechtsorganisation Eric-SJ. Er bemängelt, dass eine Institution mit einer so wichtigen Aufgabe betreut werde, die gerade erst Ende Januar gegründet worden sei und die noch über keinerlei Erfahrung und Glaubwürdigkeit verfügt.

Das Programm „Solidarisches Honduras“, das Fonac kontrolliert, hat zum Ziel, 800.000 Lebensmittelrationen an 3,2 Millionen Arme in diesem Land zu verteilen, das laut Daten der Weltbank den größten Anteil an armer Bevölkerung Lateinamerikas hat.

Aber auch diesem Programm wird Korruption vorgeworfen: Es mehren sich die Anzeichen, dass die Lebensmittelrationen – im Wert von je gerade einmal 20 US-Dollar – nur an die Aktivisten der Regierungspartei abgegeben werden. So war es auch schon bei anderen Hilfsprogrammen der Regierung: Sie nutzt sie aus, um sich bei den nächsten Wahlen Stimmen zu sichern.

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass in allen Ländern Zentralamerikas die Macht

nicht aus der Demokratie heraus entsteht, sondern aus dem Einfluss der Streitkräfte. Die Pandemie scheint ein geeigneter Moment für Menschenrechtsverletzungen, insbesondere an Umweltschützern und Menschen, die, weil sie ihren Lebensunterhalt in der informellen Wirtschaft verdienen, keine „absolute Ausgangssperre“ befolgen können. Seit dem 16. März sind ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte suspendiert.

Ein Bericht des Komitees der Angehörigen von Verhaftet-Verschwindenen in Honduras, Cofadeh, zählt für den Zeitraum seit Ausrufung des Notstands bis Ende März mindestens 22.000 Menschenrechtsverletzungen, von der Kündigung von Arbeitern über Verbringung bis zu illegalen Verhaftungen durch Polizei und Militär.

Die Strategie zur Eindämmung des Virus, die Präsident Hernández vorgeschlagen hat, wurde vom ersten Tag an von Polizei und Militär federführend umgesetzt. In ihren sozialen Netzwerken betreiben sie eine PR-Kampagne und präsentieren sich als Helden inmitten der Pandemie.

In Honduras, dem zentralamerikanischen Land mit knapp über 9 Millionen Einwohnern, bedeutet die Gesundheitskrise durch Covid-19 keinerlei Hindernis für die Korruption, die Armut und die Gewalt. Alle drei Phänomene gehen genauso weiter wie vorher. Irgendwann werden sie für den vollkommenen Zusammenbruch der honduranischen Gesellschaft sorgen.

Aus dem Spanischen Bernd Pickert



Fernando Silva Cruz, 24, ist Reporter bei „Contracorriente“ in Honduras. Das 2015 gegründete Online-Medium hat sich dem investigativen Journalismus verschrieben. www.contracorriente.red



Die Seuche der Fake News

In Zeiten von Corona blühen die Verschwörungstheorien in Nigeria noch mehr als sonst, sagt die TV-Journalistin Linda Akhigbe

Aus Abuja **Linda Akhigbe**

Ich bin Reporterin bei einem Fernsehsender. JournalistInnen sind vom Lockdown ausgenommen, deshalb kann ich mich frei bewegen und arbeite weiter. Ein spezielles Permit brauchen wir nicht, es reicht, wenn ich bei Kontrollen den Presseausweis vorzeige. Die Geschichten, die ich mache, handeln jetzt natürlich oft vom Coronavirus. Auf den ÖPNV bin ich zum Glück nicht angewiesen, ich habe ein Auto und fahre lieber selbst. Unser Sohn ist noch klein. Mein Mann ist Ingenieur, er arbeitet jetzt von zu Hause aus und kümmert sich um ihn.

Der Lockdown ist nicht landesweit, er gilt nur für drei Staaten. Die Religionsgemeinschaften, die in Nigeria sehr wichtig sind, haben ihn mitgetragen. Über Ostern haben viele Menschen zu Hause gebetet, es gab Messen über das Internet. Trotzdem gibt es natürlich Verstöße, manche Menschen sind in Gruppen joggen gewesen. Da gab es Zusammenstöße mit der Polizei und auch Verhaftungen.

Die Menschen in Nigeria nehmen den Lockdown mit gemischten Gefühlen auf. Das hat natürlich mit der ökonomischen Situation zu tun. Manche Menschen müssen jeden Tag raus, um Geld zu verdienen. Was sie an diesem Tag zu essen bekommen, hängt allein von den Einnahmen des Tages ab. Da ist der Druck sehr groß. Dann gibt es Menschen, die glauben, dass

das Virus gar nicht existiert. Sie denken, die Regierung hat es sich ausgedacht, um die Menschen zu kontrollieren. Andere glauben, sie habe das getan, um Hilfspakete aufzulegen und sich das Geld selbst einzustecken. Nigeria hat Hilfen im Umfang von umgerechnet 1,2 Milliarden Euro beschlossen. Und ein Teil der Bevölkerung befürchtet, dass Beamte das privat einstecken wollen. Das kommt nicht von ungefähr. Die Regierung in diesem Land war lange Zeit nicht offen und transparent, so ist viel Misstrauen entstanden.

Und wieder andere glauben, dass Corona den Afrikanern nichts anhaben kann, weil Schwarze dagegen immun seien. Tatsächlich ist es so, dass die offiziellen Infektionszahlen in Nigeria sehr niedrig sind. Fast zwei Monate nach dem ersten Auftreten wurden rund 370 Fälle registriert. Ich habe dafür keine Erklärung. Es liegt wahrscheinlich nicht daran, dass wir hier so außergewöhnlich gute Krisenmanager haben. Ich könnte mir vorstellen, dass ein Grund dafür der eher geringe internationale Verkehr ist. Vor allem Menschen, die vorher in den USA oder in Großbritannien waren, haben das Virus nach Nigeria gebracht. Einige Mediziner denken, es gebe vielleicht eine Verbindung zu den häufigen Malaria-Erkrankungen. Sie glauben, dass durch diese eine gewisse Resistenz aufgebaut worden sein könnte. Vielleicht liegen die niedrigen offiziellen

Zahlen aber auch einfach daran, dass in Nigeria nicht genug getestet wird.

Die Arbeit der Medien ist sehr wichtig. Es gibt auch sonst schon so viele Fake News in unserem Land, das hat jetzt noch einmal zugenommen. Es kursieren unglaublich viele Verschwörungstheorien, die werden vor allem auf WhatsApp und Facebook verbreitet. Dagegen kämpfen wir an. Manche Menschen melden uns in dieser Zeit zurück, dass sie unsere Arbeit in dieser Zeit sehr schätzen.

Wir sehen unsere Rolle aber nicht darin, Werbung für die Entscheidungen der Regierung zu machen, sondern diese Maßnahmen zu prüfen und zu kritisieren. Wir müssen die Regierung rechenschaftspflichtig halten: Wie sie die Krise managen, wie sie die Hilfen verteilen, wer Geld und Essen bekommt, ob arme Menschen womöglich leer ausgehen. Das herauszufinden ist im Moment unsere wichtigste Aufgabe.

Ich mache mir Sorgen wegen einer Rezession. Unternehmen werden pleite gehen, viele können schon jetzt keine Löhne mehr zahlen. Selbst die Regierungen einiger Bundesstaaten haben die Gehälter ihrer Mitarbeiter um 50 Prozent gekürzt. Nigeria lebt vom Ölexport. Aber der Ölpreis ist seit Februar um über die Hälfte gefallen. All das wird die Wirtschaft und vor allem arme Menschen hart treffen.

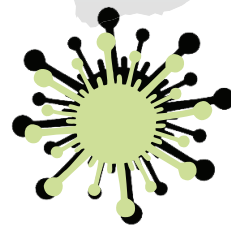
Protokoll: Christian Jakob



Corona in Afrika
Bis auf Lesotho haben alle 52 afrikanischen Staaten mittlerweile Coronafälle registriert. Die offiziellen Zahlen sind aber insgesamt sehr niedrig: Kontinentweit wurden bis Mittwochmittag 16.239 Fälle gezählt, 3.239 davon sind wieder genesen, 873 gestorben. Mit jeweils über 2.000 Fällen haben Algerien, Ägypten und Südafrika die höchsten Zahlen. Die tatsächliche Zahl der Fälle dürfte weit höher liegen, denn fast nirgendwo kann ausreichend getestet werden. In Nigeria mit rund 200 Millionen EinwohnerInnen etwa hat die Regierung gerade verkündet, die Testkapazität erhöht zu haben – auf jetzt 1.500 Tests pro Tag.



Linda Akhigbe ist Parlamentsreporterin bei dem privaten TV-Sender Channel News in Nigerias Hauptstadt Abuja.



Impressum
Redaktion/Übersetzungen: Barbara Oertel, Sven Hansen, Christian Jakob, Bernd Pickert, Bernhard Clasen
Layout: Nadine Fischer
Grafiken: Infotext
Dokumentation: Almuth Müller

Die Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder

Mit Corona gegen die Zivilgesellschaft

„Wir müssen den Menschen klar machen, dass Corona real ist“, sagt der Radiojournalist Albert Chaibou aus Niger. Gleichzeitig kämpft er für die Freilassung von Kollegen, die verhaftet wurden

Aus Niamey **Albert Chaibou**

Niamey ist das Epizentrum der Pandemie in Niger. Es gibt 570 Fälle im Land, fast alle in der Hauptstadt. 14 Menschen sind bislang gestorben. Einige Kranke sind in Kliniken, andere bei sich zu Hause. Die Regierung hat Hotels und ein Stadion reserviert, um Kranke aufzunehmen, falls die Zahl steigt. Viele Unternehmen haben geschlossen, vor allem Bars, Hotels und Restaurants. Die sind in großen Schwierigkeiten, viele Menschen sind oder werden deshalb arbeitslos.

Öffentliche Versammlungen sind verboten, aber es gibt keinen kompletten Shutdown. Man darf zwar weder die Stadt Niamey verlassen noch aus anderen Landesteilen herkommen. Aber die Bewohner der Stadt dürfen zwischen 6 Uhr morgens und 19 Uhr abends ihre Häuser verlassen.

Ich bin über das Osterwochenende zu Hause geblieben, gehe ansonsten aber in mein Büro beim Radiosender.

In unserem Programm geht es natürlich auch viel um Corona. Wir versuchen den Hö-

rerInnen zu vermitteln, dass das Virus nicht nur erfunden, sondern real ist, überall auf der Welt, dass es Arme und Reiche gleichermaßen töten kann. Das müssen die Menschen begreifen, damit sie die Schutzmaßnahmen einhalten, Masken tragen, Distanz halten, nicht in die Moscheen gehen und auch andere Ansammlungen vermeiden.

Es sind zum Glück nicht viele, aber nicht alle Menschen glauben an die Erkenntnisse über das Virus. Einige denken, Corona sei eine Krankheit, die entweder nur Weiße befällt oder die die Weißen sich ausgedacht haben, um uns das Leben unmöglich zu machen. Andere denken, man wolle die Menschen mit Corona vom Beten abhalten.

Einige Marabouts, die islamischen Geistlichen, haben die staatlichen Anordnungen nicht respektiert, teils haben Menschen sich zum Beten in Moscheen versammelt, etwa letzten Freitag hier in Niamey. Dann ist die Polizei gekommen und hat sie vertrieben und auch einen Imam verhaftet. Danach gab es eine Demo für dessen Freilassung. Dieser Konflikt ist etwas schwierig, weil am 23. Ap-

ril der Ramadan beginnt und die Menschen dann mehr beten als sonst, das kann Problem machen.

Es gab natürlich nicht genug Masken und die Regierung hat auch keine verteilt. Aber viele Schneider haben angefangen, sie zu nähen, man kann sie nun überall kaufen, nicht mehr nur in den Apotheken, Straßenhändler bieten sie an, auf den Gehsteigen und in den Bussen, für umgerechnet 35 Cent pro Stück.

Die Regierung betreibt zwar Aufklärungskampagnen über die Pandemie. Gleichzeitig hat sie Corona aber auch als Vorwand benutzt, um gegen die Zivilgesellschaft vorzugehen. Im März gab es eine große Demonstration wegen eines riesigen Korruptionsskandals im Verteidigungsministerium, bei dem viele Milliarden Franc gestohlen worden sind. Die Regierung hält den Untersuchungsbericht geheim. Zu dieser Demonstration hat auch die Organisation Alternative Espaces Citoyens aufgerufen, die den Radiosender betreibt, dessen Chefredakteur ich bin. Die Regierung hat die Demo wegen Corona verboten – dabei gab es zu dieser Zeit noch keinen

Fall im Land und alle anderen Menschenansammlungen durften weitergehen.

Wir haben deshalb trotzdem demonstriert und es gab Verhaftungen. Unter anderem wurde unser Generalsekretär Moussa Tchangari festgenommen und sitzt seither in der Stadt Tillabéri nahe der Grenze zu Mali im Gefängnis – wegen Verstoßes gegen das Demonstrationsrecht.

Anfang März hatte die Regierung zudem noch einen jungen Kollegen von uns festnehmen lassen, weil er über einen Corona-Verdachtsfall berichtet hatte. Er ist seit vorletzter Woche wieder frei. Auch zwei TV-Journalisten kamen nach Berichten über Corona vorübergehend in Gewahrsam. Das Ganze diente natürlich dazu, die Presse einzuschüchtern. Mit Seuchenschutz hat es nichts zu tun.

Corona ist auch für die MigrantInnen in Niger ein großes Problem. Sie können wegen der Einschränkungen nicht mehr weiterreisen. In sechs Camps sitzen fast 2.400 Menschen fest. Und die Behörden befürchten, dass es dort zu einem Coronaausbruch kommen könnte.

Protokoll: Christian Jakob



Albert Chaibou ist Chefredakteur des zivilgesellschaftlichen Radiosenders Alternative Espaces Citoyens in Nigers Hauptstadt Niamey.

taz panterstiftung



Die taz Akademie fördert **junge kritische JournalistInnen** im In- und Ausland.

Spenden Sie bitte für unsere Projekte im Herbst dieses Jahres

taz Panter Stiftung
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00
www.taz.de/spenden
Ihre Zuwendungen an die gemeinnützige taz Panter Stiftung sind steuerlich absetzbar



Weitere Informationen unter stiftung@taz.de | Tel. (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/stiftung